

Arbeiterblatt

der

PROLETARISCHEN VEREINIGUNG ÖSTERREICHS

Nummer 113

Oktober 1957

Die Wahlniederlage der SPD

Die Wahlbeteiligung bei den deutschen Bundestagswahlen war hoch. Die überwältigende Mehrheit der Wähler waren, sind Ausgebeutete, vor allem Arbeiter (Angestellte inbegriffen). Trotzdem konnte die SPD nur 31.8% der Stimmen gewinnen. Zwei Drittel der Stimmen, darunter viele Arbeiterstimmen, wurden für rechtskapitalistische, rechtsbürgerliche Parteien abgegeben. Die Stimmen, die Mandate, die die SP im Vergleich zu 1953 hinzugewonnen hat, können über die von ihr erlittene eindeutige Niederlage nicht hinwegtäuschen. Wie s c kam es, musste es dazu kommen?

I.

Die SP kommt mit drei verlogenen Ausreden (siehe AZ 17.9. und 20.9. 1957): "Schuld ist die Bourgeoisie": skrupellos(!) hätte sie, von der ausländischen, vor allem der USA-Bourgeoisie unterstützt, ihre wirtschaftliche Macht, ihren kapitalistischen Staatsapparat eingesetzt, um die Wahlen zu ihren Gunsten zu beeinflussen. - Ja, die Bourgeoisie handelte nach ihren Klasseninteressen. Was sonst ist von ihr zu erwarten? Die SP aber handelte nicht nach den proletarischen Klasseninteressen, obwohl sie das vorzuspiegeln sucht. Die SP, dieses Instrument der verkommenen Sozialbürokratie, handelte nach ihren eigensüchtigen Interessen, objektiv nach den Interessen der Bourgeoisie. Darüber wollen die Ollenhauer, Schärf & Co, die Arbeiter täuschen. Darum diese Ausrede.

"Schuld ist die Stalinbürokratie": Jawohl, diese revolutionsverräterische Gangsterbande, die die politische und gewerkschaftliche Kampfkraft der Arbeiter ausschmarotzt, um sie in möglichst große Vorteile für sich umzumünzen - diese stalinbürokratische Bande trägt ihr gerütteltes Maß Schuld an dem heutigen Bewußtseinsgrad der deutschen Arbeiterklasse. Doch das rechtfertigt, entschuldigt die SP nicht im geringsten.

Schließlich in raffinierter Form die niederträchtigste aller Ausreden: "Schuld sind die Massen": Sie hätten sich durch den (kapitalistischen!) Aufschwung in Westdeutschland einlullen lassen! Sie wollten sich nicht um die Politik kümmern; sie hätten die ostdeutschen Massen (deren Interessen die SP zu vertreten heuchlerisch vorgibt) im Stich gelassen. - Elende Lügen! Wer hat auf Kosten der Massen seit 1945 den westdeutschen Kapitalismus immer wieder gestärkt, den kapitalistischen Aufschwung ermöglicht? Wer hat die Massen vom Kampf gegen die steigende kapitalistische Ausbeutung und Teuerung möglichst abgehalten, sie verwirrt, eingelullt, damit sie sich um die Politik, den Kampf für ihre Lebens- und Aufstiegsinteressen möglichst wenig kümmern? Wer machte, macht all das und schwindelt sich als "sozialistische Partei" vor, um die von ihr verratenen Arbeiter weiter zu betrügen, auszuschmarot-

zen? - Die S P ! Diese schwindel- sozialistische Partei! Wer hat der Weltbourgeoisie und Stalinbürokratie bei der Teilung Deutschlands, bei der Auslieferung der ostdeutschen Massen unter die Knute der revolutionsmörderischen Stalinbürokratie mitgeholfen, dazu Beifall geklatscht? - Die s c h w i n d e l- sozialistische S P (samt Gewerkschaftsbürokratie)!

II.

Die SP selbst, ihre Politik ist die Grundursache ihrer Wahlniederlage. Die SP ist keine Arbeiterpartei, das heißt keine Partei, der die Interessen der Arbeiterklasse die grundlegende Linie ihrer gesamten Politik, keine Partei, die die Interessen der Arbeiterklasse den Interessen der Kapitalisten über- ordnet. Die SP stellt die Interessen der Sozialbürokratie über die Interessen der Arbeiterklasse; eben dadurch wirkt sie für die Kapitalistenklasse, ist sie - ihrer Politik nach - eine kapitalistische, nämlich linkskapitalistische Partei.

Praktischer Ausdruck dieser Politik ist die "Zusammenarbeit", die "gemeinsame Arbeit", in einem Wort die K o a l i t i o n der SP mit der Bourgeoisie. Das wirkliche Ziel der SPD bei den Wahlen war: nach 27 Jahren wieder in die kapitalistische Regierung zu gelangen; um jeden Preis, auch den vollkommenen Verrat an den Interessen der Arbeiter, in der kapitalistischen Koalitionsregierung "a dabei" zu sein, einen Anteil an den Ämtern und Ehren zu haben. Danach lechzten, lechzten die Ollenhauer & Co. Sie haben ja vor Augen das Beispiel der Schärf, Pittermann, Waldbrunner & Co, die sich auf Kosten der Massen an der kapitalistischen Futterkrippe mästen, für ihre Judasdienste von der Bourgeoisie den Judaslohn erhaltend.

Um dieses Ziel zu erreichen, rückt die SP immer weiter nach rechts. Sie hofft so bei den Klein- und Mittelkapitalisten Anklang zu finden, sich ihnen als linkskapitalistische, linksbürgerliche, ersatzli-

berale Partei anzupreisen. "Sicherheit für Alle" war das Motto mit dem die SPD in den Wahlkampf zog... also auch Sicherheit des kapitalistischen Eigentums, der kapitalistischen Ausbeutung, des Profits! des kapitalistischen Staatsapparats, der dieses Eigentum, diese Ausbeutung, den Profit gegen die Arbeiterklasse schützt, indem er "die (kapitalistische!) Ruhe und Ordnung" aufrecht-, das heißt die Massen niederhält.

Die zehn "Wahlthesen" der SPD (AZ.18.6.57) waren ein klares Bekenntnis zum kapitalistischen Ausbeutungs-, Unterdrückungssystem, zur bürgerlichen Demokratie, dieser verhüllten Diktatur der Kapitalistenklasse gegen die Arbeiterklasse, die Massen. Der Gipfelpunkt der "Thesen": "Schluß mit der Alleinherrschaft der CDU"...also die SPD in die Regierung...

So hat die SPD die Arbeiter verwirrt, viele abgestoßen; die Kleinbürger, denen ja ernstlich nur auf Kosten der Bourgeoisie zu helfen ist, in deren Arme getrieben. So ist die ihrer Politik nach linkskapitalistische SPD den rechtskapitalistischen Parteien unterlegen.

Bezeichnenderweise erwähnt die Stalinbürokratie kein Wort von der Grundursache der Wahlniederlage der SPD. Dieser wirft sie nur vor, daß sie eine "Kampfallianz", d.h. "Volks"front mit der westdeutschen KP abgelehnt hat... Ja, die revolutionsparasitische Stalinbürokratie lebt eben wie die sozialparasitische Sozialbürokratie vom Ausschmarctzen der Kampfkraft der Arbeiter, der Massen. SP und KP sind miteinander konkurrierende Teile der Arbeiterbürokratie. Darum wagen, können sie nicht die volle Wahrheit über einander sagen!

III.

Was bedeutet die Niederlage der SPD für die Massen?

Erstens ein noch intensiveres

Vortreiben der kapitalistischen Doppeloffensive: der kapitalistischen Ausbeutung und Teuerung. Schon hat der kapitalistische Wirtschaftsminister Erhard eine Rationalisierungskampagne (zur Steigerung des Profits!), der kapitalistische Verkehrsminister eine Frachterhöhung für die Binnenschifffahrt angekündigt. Die Kohlenpreise werden hinaufgeschraubt, die Bundesbahntarife werden folgen usw.

Zweitens schnellere Wiederaufrüstung, damit die westdeutsche Bourgeoisie im nahenden Schlußakt des noch nicht beendigten 2. imperialistischen Weltkriegs ihren Teil leisten kann. In der Periode April-Juni 1957 waren die Rüstungsausgaben (1357 Mill. DM) neunmal so hoch wie in der gleichen Vorjahrsperiode. Aber das Kabinett der rechtskapitalistischen Regierung hat schon in der ersten Zusammenkunft nach den Wahlen weitere 3500 Mill. DM dafür zur Verfügung gestellt.

Kein Wunder, daß die westdeutschen Börsen auf den Ausgang der Bundestagswahlen mit einem starken Ansteigen der Aktienkurse, besonders bei den Montanwerten reagierten. Kein Wunder, daß die Weltbourgeoisie jubelt

IV.

Welche Schlüsse zieht die Sozialbürokratie aus ihrer Niederlage? SPD-Presseschef Heine stellte fest (siehe AZ 20.9.57): die SPD, (d.h. ihre Bürokratie) will ihre Arbeit auf der bisherigen Linie (der Koalition mit der Bourgeoisie gegen das Proletariat, die Massen!) konzentriert (!) fortsetzen. Die SPD (-Bürokratie) ist überzeugt (!), daß ihre Aufgaben als fortschrittliche (d.h. linkskapitalistische!) Partei... unverändert weiterbestehen und ihre Grundhaltung richtig ist (nämlich daß ihre Politik leiten d bestimmt wird nicht durch die Interessen der Arbeiterklasse, sondern durch die Interessen der Kapitalistenklasse, durch die Interessen des kapitalistischen Ausbeutungssystems, des Profitsystems!).

Nichts hat die SP aus ihrer Niederlage gelernt, wird auch nichts lernen. Seit Jahren schon führt sie die Arbeiter, die Massen von einer Niederlage in die andere, ohne daraus zu lernen, weil sie dazu nicht fähig, nicht will. Wieder einmal beweist die SP, daß sie unheilbar, daß sie für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse von jeglicher Ausbeutung und Unterdrückung längst verloren ist.

Wir sprechen aus was ist: Die SP unterordnet seit langem die Interessen der Arbeiterklasse den Interessen der Kapitalistenklasse, sie stellt die Profitinteressen über die Lohninteressen, mit einem Wort sie treibt bürgerliche Politik. Ihrer Politik nach ist die SP eine bürgerliche Partei!

Die KP stellt die Interessen der Stalinbürokratie, der Krembürokratie über die Interessen der Arbeiterklasse.

SP, KP sind Instrumente ihrer Bürokratie und eben dadurch arbeiten sie dem Klassenfeind in die Hände, eben dadurch sind beide reaktionäre Parteien, die als Wegbereiter der kapitalistischen Gegenrevolution wirken.

Daraus folgt: die Arbeiter-schaft braucht eine wirkliche Arbeiterpartei, eine Partei des proletarischen Klassenkampfes! Die erste Voraussetzung dazu ist der Bruch mit SP und KP.

Aufbau einer wirklichen Arbeiterpartei, die aus den bisherigen Erfahrungen lernend, wirksame organisatorische Garantien gegen die Gefahr eines neuen Verbürokratisierens schafft: sie muß sein die Partei der proletarischen Demokratie.

Vorwärts zum Aufbau der proletarisch demokratischen Arbeiterpartei!

26.9.1957

H.G.

+++++

Sozialpharisäische "Hilfe"
für die Ausgebeuteten

Immer wieder posaunen SP und Gewerkschaftsbürokratie: "Den wirtschaftlich Schwachen muß geholfen werden!" - Richtig! Fragt sich nur wie, auf wessen Kosten? Denn in "unserm (kapitalistischen!) Österreich" sind die "wirtschaftlich Schwachen" die Ausgebeuteten, vor allem die Arbeiter (die Angestellten inbegriffen).

Immer wieder sucht die Sozialbürokratie heuchlerisch zu beweisen, welche großartige Hilfe sie den Ausgebeuteten zukommen läßt. Die Sozialpharisäer Schärf, Pittermann, Böhm, Waldbrunner, Pollak & Co werden nicht müde, sich über diese "Hilfe" Eigenlob zu spenden. Wie aber schaut es tatsächlich mit dieser berühmten "Hilfe" aus?

Hören wir darüber den biedern Wiener Bürgermeister, Obersozialheuchler Jonas, der sich jüngst im Rundfunk mit dem Defizit der Wiener Verkehrsbetriebe befasste: "So unpopulär (!) diese Feststellung ist, dieses Defizit muß (!) so oder so, direkt oder indirekt von der Bevölkerung (!) gezahlt werden. Wer etwas anderes behauptet, meint es nicht ehrlich." Die sozialpharisäische AZ (24.9.57) bringt das in Fettdruck. Mit Recht! Es ist ein Prachtstück des frechsten Sozialbetrugs!

Schon Monate lang haben die sozialpharisäischen Helden über die Deckung des Defizits gesprochen und geschrieben, um die Arbeiter auf die neuen Tariferhöhungen "vorzubereiten", d.h. ihren Widerstand möglichst zu verringern. Über alles haben die Sozialheuchler gequatscht, sich dem Kernpunkt der Sache immer mehr nähernd. Jetzt schließlich wagt sich Biedermann Jonas an ihn heran.

Mit dem bewußt verschwommenen Wort "Bevölkerung" will er bei den Arbeitern und Kleinbürgern den Eindruck erwecken, als ob auch die Kapitalisten zur Deckung des Defizits beitragen würden. Elender Be-

trug! Die Kosten der Tariferhöhungen will die SP aus den Benützern der Verkehrsbetriebe herausholen, d.h. den Arbeitern, Angestellten, die sie benützen m ü s s e n, weil sie kein Privatauto haben...

Daß diese "Feststellung" bei den Ausgebeuteten "unpopulär" ist, weiß der salbungsvolle Jonas. Die SP will ja eben (mit dem faktischen Beifall ihrer Herren, der Bourgeoisie) einen beträchtlichen Happen vom Lohn, Gehalt wegschnappen! Aber gibt es keine Alternative? M u s s es denn so sein, wie der "ehrliche" Jonas behauptet?

Wir behaupten "etwas anderes". Wir sagen: Nein, es muß nicht so sein! Gewiß, die Gemeinde kann nicht mit Defizit wirtschaften. Allein muß das Defizit ausgerechnet aus den Taschen der Arbeiter, Angestellten gedeckt werden, statt aus den mit Profit schwer gefüllten Säcken der Bourgeoisie? Gewiß nicht!

Warum versucht dieser "ehrliche" Sozialpharisäer den Arbeitern vorzuschwindeln, daß sie aus ihrem kargen Lohn, Gehalt das Defizit decken m ü s s e n? Um ihnen einzureden: dagegen ist nichts zu machen! Damit die Ausgebeuteten diesen neuen Reallohnraub widerstandslos über sich ergehen lassen!!!

Darf ein Mann, der sich Sozialist nennt, ~~er~~ so sprechen, so handeln? Nie und nimmer! Ein ehrlicher Sozialist muß sagen: Lohn, Gehalt im Kapitalismus geben im Durchschnitt ein knappes Auskommen, die Ausbeuterklasse aber lebt im Überfluß. Folglich muß das Defizit aus ihrem Überfluß gedeckt werden und nicht aus den kargen Bezügen der Ausgebeuteten!

Jonas ist einer der SP-Führer. Was er sagt, die AZ abdruckt, das zeigt das wahre Wesen der sozialpharisäischen "Hilfe" der SP und ihrer Gewerkschaftsbürokratie für die Ausgebeuteten! Wie sie in Wirklichkeit der Ausbeuterklasse helfen, die kommunalen Verkehrsbetriebe zur Gänze auf Kosten der Arbeiter, Angestellten, Kleinbürger

zu sanieren!

Jonas beweist wieder einmal: SP, Gewerkschaftsbürokratie helfen nicht der Arbeiterklasse, sondern der Kapitalistenklasse! Sie unterordnen die Interessen der Arbeiterklasse den Interessen der Kapitalistenklasse, wofür diese der Sozialbürokratie den Judaslohn (einträgliche Posten, hohes Einkommen, allerlei Vorteile) zuschiebt.

Ihrer Politik nach ist die SP eine kapitalistische Partei, die Gewerkschaftsbürokratie eine kapitalistische Kraft. Daher können, wollen sie nicht den "wirtschaftlich Schwachen", den Ausgebeuteten auf die einzig mögliche Weise helfen: auf Kosten der Ausbeuterklasse!

Darum Kampf für die proletarisch-demokratische R e f o r m der Gewerkschaften! Sie müssen wieder werden konsequente K a m p f -organe des Proletariats!

B r u c h mit der sozialpharisäischen SP, diesem Instrument der verräterischen Sozialbürokratie!

B r u c h auch mit der KP, diesem Instrument der Stalinbürokratie! Skrupellos verschachtet sie die Interessen der Arbeiterklasse, der Kolonialmassen an die Bourgeoisie, wenn dabei nur etwas für den Krenl herauschaut!

A u f b a u einer Partei, der die Interessen der Arbeiterklasse die Grundlinie ihrer Politik! Aufbau der proletarischen Klassenpartei, der

PROLETARISCHDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI !

29.9.1957

E.P.

+++++

S y r i e n

Der Positionskampf zwischen Weltimperialisten und Stalinbürokratie geht weiter. Beide wissen, daß der Entscheidungskampf, die Schlußphase des noch keineswegs beendigten 2. imperialistischen Weltkriegs immer näher rückt. Beide wissen, daß er unausweichlich, weil der wachsende Grundwiderspruch, zwischen kapitalistischen Produktivkräften und mas-

senkaufkraft, die Weltbourgeoisie, vor allem die USA-Bourgeoisie, immer mehr dazu drängt.

Die Hochkonjunktur flaut weiter ab. Sie hat den kapitalistischen Grundwiderspruch nicht beseitigt, sondern nur vorübergehend zurückgedrängt, um den Preis, daß er jetzt vertieft, verbreitert wieder zu Tage tritt. So zB hatte die USA-Bourgeoisie am 10.9.57 trotz größter "Liquidierungs"anstrengungen, schon wieder 840.000 unverkaufte neue Autos auf Lager - ein neuer Höchststand für diese Jahreszeit. Eine reißende Weltwirtschaftskrise kann die Weltbourgeoisie nicht riskieren. So bleibt ihr kein anderer kapitalistischer Ausweg, als auf den "heißen" Weltkrieg zuzusteuern. Nur durch dessen siegreiches Zuendeführen kann sie ihrer Produktion auf längere Zeit p r o f i t a b l e n Spielraum sichern.

Doch ist das heute für die Weltimperialisten eine höchst riskante Sache. Nicht Furcht vor der Stalinbürokratie hält sie zurück, sondern die berechtigte Furcht, daß der "heiße" Weltkrieg die Weltmassen wecken, ihre Umgruppierung zur internationalen proletarischen Revolution beschleunigen wird. Daher die imperialistischen Anstrengungen, die von der Stalinbürokratie bestohlenen, gepeinigten Massen der SU und der "Volks"demokratien (Mac-China inbegriffen) nach rechts zu verreißen, für die kapitalistische Gegenrevolution auszunützen. Und zwar so, daß das Spiel der Imperialisten von ihren eigenen Massen nicht durchschaut wird, sie möglichst im Glauben erhalten werden, was in Ungarn, Polen usw vor sich gehe, sei - "spontane Revolution", "spontaner "Volks"aufstand". Das soll der Weltbourgeoisie das Zuendeführen des 2. imperialistischen Weltkriegs erleichtern.

Auch die Stalinbürokratie hat große wirtschaftliche Schwierigkeiten, auch sie ist ihrer Massen nicht sicher. Sie braucht Ruhe, Z e i t, um diese inneren Schwierigkeiten zu überwinden. Den Welt-

imperialisten ihre räuberischen Pläne möglichst zu erschweren, die eigene Lage zu bessern, das sucht der Kreml durch Ausschmarotzen der kolonialen Revolution zu erzielen. So vor kurzem in Jordanien, jetzt in S y r i e n .

Durch Syrien führt der Weg zu den Ölquellen am Persischen Golf und in Arabien. Drei der sechs großen "Pipelines", die das Mineralöl aus diesen Gebieten ans Mittelmeer führen, laufen durch Syrien, drei entlang seiner Südgrenze. Diese äußerst wichtigen Positionen des Weltkapitalismus werden bedroht durch die kolonial-, nationalrevolutionären Anstrengungen der arabischen Massen, die, k o n s e q u e n t geführt, den Weltkapitalismus schwer erschüttern, die internationale proletarischrevolutionäre Entwicklung beschleunigen würde.

Gerade davon aber will die revolutionsverräterische Stalinbürokratie nichts wissen. Sie fürchtet die Weltimperialisten; aber noch mehr fürchtet sie das Weltproletariat, die Weltmassen, die proletarische Weltrevolution, die sie jahrzehntelang aufs schwerste geschädigt, verraten, immer wieder an die Weltbourgeoisie verschachert hat. Die Leichen der von ihr gemeuchelten proletarischen Führer, die Ströme des von ihr vergessenen Arbeiterblutes, trennen die revolutionsmörderische Stalinbürokratie von Weltproletariat, Weltmassen. Darüber gibt es kein Zurück für die Kremlgangster!

Darum fördern sie die revolutionären Regungen der arabischen Massen nur bis zu einem gewissen Punkt, nur um damit genügend Druck auszuüben auf die Weltbourgeoisie, diese vom Zuendeführen des 2. imperialistischen Weltkriegs abzuhalten, sie zu einem für den Kreml tragbaren Kompromiß zu zwingen. Dafür ist sie wieder einmal bereit, die Weltmassen aufs gründlichste zu verraten.

Doch auf keinen Fall will die Stalinbürokratie durch ihr Vorgehen in Syrien, den Weltimperialisten den von ihr ersehnten Vorwand zum Losschlagen liefern. Daher die äußerste Zurückhaltung des Kremls, der in Syrien noch vorsichtiger als

in Jordanien operiert. In den arabischen Ländern ist die Lage günstig zur konsequenten Durchführung der Kolonialrevolution, ihrer Überleitung in die proletarische Revolution.

Diese günstige Lage wird jedoch von der Stalinbürokratie, ihren "kommunistischen" Parteien nicht zu Gunsten der proletarischen Weltrevolution ausgenützt, sondern zu Gunsten der egoistischen Interessen des Kremls ausgeschmarotzt. So schwächt er die Weltmassen, untergräbt in der SU die letzten Reste der Oktoberrevolution, erleichtert den Weltimperialisten das Steigern ihrer gegenrevolutionären Anstrengungen im Ostblock.

Die Kolonialrevolution konsequent durchzuführen, die letzten Reste der Oktoberrevolution in der SU wirksam gegen die Weltbourgeoisie verteidigen, die Restauration des Kapitalismus in der SU und den "Volks"demokratien zu verhindern, diese durch gründlichste proletarischdemokratische Reform zu retten - das können n u r die ehrlichen proletarischen Revolutionäre, auch sie n u r , wenn sie zwei Voraussetzungen erfüllen:

Erstens, daß sie mit einer richtigen proletarischen Strategie, Taktik operieren. Das heißt, den Kampf zum Sturz der Stalinbürokratie von links so betreiben, daß er den zugleich betriebenen Kampf gegen den Hauptfeind die Weltbourgeoisie, nicht schädigt. Das bedeutet, den Kampf zum Sturz der Stalinbürokratie - stets unter Berücksichtigung der jeweiligen konkreten Kampfbedingungen - dem Kampf gegen die Weltbourgeoisie zu u n t e r o r d n e n. Dabei muß der Unterschied zwischen den Massen und der Stalinbürokratie scharf im Auge behalten werden!

Zweitens, daß die ehrlichen proletarischen Revolutionäre sich rechtzeitig aufbauen die unumgänglich notwendige proletarische Führungsorganisation, die Partei der internationalen proletarischen Revolution.

29.9.1957

T.S.